

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 25 (1946)
Heft: 4

Artikel: Besteht eine politische Krise in England?
Autor: Kimche, Jon / V.G.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-335394>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 07.03.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Besteht eine politische Krise in England?

Eine unglaubliche Unwissenheit in bezug auf das neue England besteht heute auf dem europäischen Kontinent wie auch im Mittleren Osten. Seit die Regierung Attlee im Juli 1945 ihr Amt antrat, war ich in Spanien, Oesterreich, der Schweiz und im Mittleren Osten, von Kairo bis Teheran, und überall stellten Regierungen und Politiker Berechnungen an, deren Voraussetzungen einem ganz phantastisch vorkommen, wenn man die heutigen Verhältnisse in England kennt.

Auf das neueste Beispiel solch falscher Informationen stieß ich in der Schweiz. Hier hörte ich, wie prominente Persönlichkeiten sich in ihren Maßnahmen darauf einstellten, daß im Herbst 1946 wieder eine konservative Regierung in England an der Macht sein werde. Das Argument, worauf sich diese atemraubende Behauptung stützte, ging dahin, der USA-Kongreß werde das Anleihen an Großbritannien verwerfen, was dort eine Wirtschaftskrise und eine daraus sich ergebende Pfundabwertung zur Folge haben müsse, worauf dann die neue Churchill-Regierung gebildet werde, in die möglicherweise einige Labourführer, wie zum Beispiel Ernest Bevin, eintreten würden.

Diese Prophezeiung ist typisch für viele andere, die ich in letzter Zeit gehört habe. An der Peripherie Rußlands, im Mittleren Osten und in Zentral-europa, stößt man nicht selten auf eine zweite Variante, nach welcher ein Krieg zwischen Großbritannien und Rußland in zwei bis drei Jahren mit tödlicher Sicherheit zu erwarten sei. Eine dritte, sehr verbreitete Ansicht geht dahin, neben den USA und Rußland besitze Großbritannien überhaupt nicht mehr den Rang einer Weltmacht.

Es ist gut, wenn man sich diese im Ausland verbreiteten Auffassungen stets gegenwärtig hält; sie haben keinen geringen Anteil an den internationalen Schachzügen neutraler Länder wie zum Beispiel Spaniens (das ich letzten August in einer panischen Angst vor Labour-England traf — wenn es sich auch seither erholt hat, nachdem sich seine Befürchtungen nicht bewahrheiteten) oder der Schweiz (in ihrer Reaktion gegenüber den Forderungen der Vereinten Nationen hinsichtlich der deutschen Guthaben) und nicht weniger an der neuen Politik der arabischen Länder. Andererseits zeigt aber gerade Rußland sehr deutlich, daß es die Macht Englands nicht so gering einschätzt. Diese Tatsache allein schon sollte die Leute stutzig machen.

Die erste Auffassung, die berichtigt werden muß, ist die, daß sich in der britischen Außenpolitik nichts geändert habe, daß Bevin, höchstens mit etwas mehr Lärm, weiterführe, was Eden vor ihm getan, und daß Großbritannien trotz seiner Labourregierung in der Weltpolitik die konservative Macht *par excellence* sei.

Ein Mitarbeiter Bevins in der Labourregierung, ihm sehr nahe stehend, hat mir kürzlich auseinandergesetzt, was sich Bevin denkt und was hinter seiner gegenwärtigen Außenpolitik steckt, die zu so heftigen Zusammenstößen mit den Russen geführt hat; er tat dies mit einer Offenheit, die Bevin in seiner letzten parlamentarischen Erklärung nicht möglich war.

«Bevin und das Kabinett», so sagte er mir, «sind nach wie vor entschlossen, das Auswärtige Amt zu erneuern, neue Männer, die labourfreundlich gesinnt sind, in die diplomatischen Schlüsselpositionen einzusetzen und die britische Außenpolitik zu harmonischer Zusammenarbeit mit den liberalen und sozialistischen Bewegungen des Auslandes zu bringen.»

«Leider», fuhr der Minister fort, «wurden jedoch diese Absichten durch unvorhergesehene Entwicklungen gestört.» Da kam zunächst einmal die russische Offensive, die nicht so sehr gegen allgemeine britische Interessen, als vielmehr gegen die britische Arbeiterregierung gerichtet war. Für ihre Zwecke benützten die Russen nicht nur die Kommunistische Partei Großbritanniens, neben etwa einem Dutzend verkappter Kommunisten in der parlamentarischen Labour-Fraktion, sie nahmen auch verschiedene Volksbewegungen (in Griechenland, dem Mittleren Osten, Frankreich, Zentraleuropa und in Asien) in ihren Dienst und ermutigten sie, ausgesprochen antibritische Forderungen offen zu unterstützen.

Der Labourminister kam dann zu folgender Feststellung: «Eine Zeitlang glaubten wir», sagte er, «die Russen handelten aus übertriebenem Mißtrauen und aus Angst, im Bestreben, sich gegen einen militärischen Überfall von seiten Englands und Amerikas zu sichern. Wie lächerlich uns auch solche Furcht vorkommen mag, so hätte sie doch die russischen Aktionen seit dem Krieg einigermaßen verständlich gemacht. Wir sind aber heute überzeugt, daß die gegenwärtige russische Diplomatie nicht auf dieser Furcht begründet ist. Den Russen ist ganz klar, wir wissen dies, daß wir weder den Wunsch, noch vor allem die Kraft haben, gegen sie Krieg zu führen, sie diplomatisch zu isolieren oder sie des Lohnes zu berauben, der ihnen gerechterweise, nach ihrem Anteil am Krieg und ihren Leiden, gebührt. Wir wissen, daß die Russen darüber im Bilde sind. Warum aber handeln sie nun doch so, wie sie dies heute tun? Wir sind der Überzeugung, daß die Russen uns nicht als imperialistische Macht, sondern als *ideologischen Nebenbuhler* fürchten. Sie

sehen in der Labourregierung den Kern eines neuen sozialdemokratischen Kraftfeldes in der Welt, versehen mit politischer Macht und von weiten Volksschichten unterstützt, eine Bewegung, die mit dem Sowjet-Kommunismus in Wettbewerb treten könnte, wo es auf internationalem Boden darum geht, fortschrittliche Bewegungen für sich zu gewinnen. Darum diese Angriffe gegen die Labourregierung; sie sind ein Versuch, sie politisch von ihren Anhängern zu isolieren und die Labourregierung durch Schmälierung ihrer diplomatischen Position für populäre Bewegungen diplomatisch weniger anziehend zu machen.»

Großbritanniens außenpolitisches Programm — auch dasjenige im Schoße der UNO — mußte darum neu gefaßt werden und geht heute darauf aus, drei Ziele zu erreichen: 1. die Russen zu zwingen, aus dem Dunkel ans Tageslicht zu kommen und ihre gegenwärtige Politik vor aller Öffentlichkeit zu vertreten und zu erklären; 2. von der UNO als Plattform Gebrauch machend, der Welt die britische Politik zu erklären; 3. ganz offen der heutigen russischen Politik gegenüber einen demokratischen Block zu schaffen, nicht um die Gegensätze zu verewigen, sondern im Gegenteil, um den Russen klar zu machen, daß ihre gegenwärtige Politik zu nichts führt, und sie auf diesem Umwege dazu zu bringen, eine echte Politik der Zusammenarbeit zu betreiben.

In der Durchführung dieses Programms, fügte der Minister hinzu, hat Bevin die einstimmige Unterstützung des Kabinetts. Die Verwirklichung obenstehender Ziele geht allen anderen Aufgaben vor; gewisse Reformen in der britischen Außenpolitik, die die Labourregierung vor hat, haben darum zurückgestellt werden müssen — aber sie werden folgen.

Diese Darlegungen dürfen als *autorisierte Erklärung von Bevins Außenpolitik* betrachtet werden. Bis jetzt ist diese Politik von der konservativen Opposition rückhaltlos unterstützt worden. Aber diese Opposition ist je länger um so weniger einig, was die außer-russischen Aspekte der Labour-Außenpolitik anbetrifft. Churchill hat die Führung jener Oppositionsgruppe übernommen, die sich um volle Aktionseinheit mit den USA bemüht, während sein früherer Stabschef, Beaverbrook, den Kampf gegen die amerikanische Dollar-Anleihe führt und zugunsten einer Stärkung des Sterlingblocks, als Schutz gegen den vorrückenden USA-Handel, arbeitet. Die Unterstützung, die Bevin bei den Konservativen findet, ist daher als vorübergehende Phase zu betrachten, die übrigens um so schneller ihrem Ende entgegengeht, als das Problem der amerikanischen Anleihe in den Vordergrund tritt. Auch der scharfe Zusammenstoß Bevins mit den Konservativen anläßlich der Diskussion über die Koalitionsrechte für Staatsbeamte demonstriert deutlich, wie sich die Dinge entwickeln.

In seiner eigenen Partei muß Bevin mit der Kritik von zwei Gruppen rechnen, von denen die eine die Opposition in Permanenz darstellt, während die andere von Fall zu Fall in Erscheinung tritt. Die permanente Opposition, etwa 12 bis 15 Unterhausmitglieder, unter der Bezeichnung «Reisegefährten» bekannt, sind durchaus kommunistisch eingestellt. Sie traten vor den Wahlen in die Labourpartei ein und wurden als Labourkandidaten in meist als hoffnungslos betrachteten Wahlbezirken aufgestellt. Aber der ganz Großbritannien erfassende politische Erdrutsch trug sie mit allen andern ins Parlament. Sie bilden den Kern der parlamentarischen Labouropposition, sobald Bevins Politik in Gegensatz zu Rußland gerät. Führende Köpfe dieser Gruppe sind Zilliacus, Wilkes, Swingler, Platts-Mills, Edelman, Leah Manning, im ganzen wenig mehr als ein Dutzend, und sie haben, da ihre Sympathien wohlbekannt sind, keinen großen Einfluß beim Gros der Partei.

Die zweite kritisch eingestellte Gruppe innerhalb der parlamentarischen Labourpartei besteht aus wirklichen Parteigenossen, die sich ganz besonders mit der Reform des Außenpolitischen Amtes und der britischen Politik gegenüber Spanien befassen. Die Mitgliederzahl dieser Gruppe schwankt —, sie haßt die konservative Unterstützung für Bevin, aber von einer Parterspaltung oder grundsätzlicher Opposition gegen die Politik des Gesamtkabinetts kann keine Rede sein. Man erwartet allgemein, daß einige dieser Kritiker in die Regierung eintreten werden, wenn Mr. Attlee — wahrscheinlich im Lauf des Sommers — einige Umbesetzungen vornimmt.

In Labourkreisen herrscht das Gefühl, daß die Kraftprobe mit Rußland von gutem gewesen ist und die gewünschten Resultate gezeitigt hat. Gegenwärtig wird Vorsorge getroffen für Schwierigkeiten, die sich aus einem eventuellen Mißerfolg der Anleiheverhandlungen im amerikanischen Kongreß ergeben könnten.

In privaten Besprechungen äußern sich hohe Labourminister dahin, die Zwangslage, in der sich England zufolge Rußlands neuerlicher Politik befunden habe, hätte der britischen Regierung eine Außenpolitik aufgezwungen, die Amerika zu befrieden, Rußland anderseits herauszufordern schien. Dieses Resultat täuschte insofern, als das kommende, tiefere Problem — die britischen Beziehungen zu den USA — von prominenten Labourpolitikern als viel ernster betrachtet wird, weil es, im Gegensatz zum russischen Fragen-Komplex, nicht nur Grenzprobleme, sondern das innere Leben der britischen Nation berührt.

Die Anleihe wurde unter dem schweren Druck der Notlage akzeptiert, doch heute würden manche hohe Labourpolitiker ihre Ablehnung durch den USA-Kongreß begrüßen. Eine Ablehnung dürfte nach ihrer Auffassung der

sozialistischen Gesetzgebung in Handel und Industrie erst recht Auftrieb verschaffen und darüberhinaus eine Möglichkeit bieten, den künftigen britischen Handel durch strikt zweiseitige Abkommen zu entwickeln, die gegenseitige Abhängigkeit der Mitgliedsstaaten des Sterlingblocks noch enger zu gestalten und auf diese Weise die Labourregierung vom Druck der Wallstreet unabhängig zu machen.

Die Labourminister verhehlen sich keineswegs, daß die Verweigerung der Dollar-Anleihe sie in eine recht schwierige Lage versetzen würde, sie sind aber der Überzeugung, daß auch diese Eventualität gewisse Vorteile zeitigen könnte. Sie dürfte die britische öffentliche Meinung zugunsten der Labourregierung versteifen und das Gefühl erzeugen, daß man einer neuen, nationalen Notlage gegenüberstehe, was die Regierung in die Lage versetzen würde, umfängliche, der Lage entsprechende Gesetze einzubringen. Nicht zuletzt würde die konservative Opposition infolge innerer Zwistigkeiten gelähmt.

Auf alle Fälle wird dafür gesorgt, daß das Land so widerstandsbereit und zäh ist, wie nach Dünkirchen; man sucht an fremden Devisen und Guthaben hereinzubringen, was möglich ist, um der Nation über die schwierige Periode hinwegzuhelfen. Das gilt in erster Linie für deutsche Guthaben in Spanien und der Schweiz; zugleich wird die straffste Kontrolle über jede Verausgabung von Devisen außerhalb der Sterlingzone durchgeführt.

Jedem, der die gegenwärtige Labourregierung kennt, muß auffallen, wie sehr sie sich von dem unterscheidet, was von früherer sozialdemokratischer Regierungspraxis in Erinnerung ist. Die Labourpartei gedenkt mindestens zehn Jahre an der Macht zu bleiben, und sie wird jeder Krise mit sehr drastischen Mitteln begegnen, aber sie wird weder abdanken noch sich spalten.

Schon jetzt glauben gewisse Labourminister, das Rennen mit der Zeit gewonnen zu haben. Bis zum Sommer dieses Jahres werden Häuser bereitstehen, Kleiderstoffe werden in die Läden strömen, mehr Nahrungsmittel verfügbar sein. Die Entscheidung über die Anleihe wird nicht vor Mai erwartet. Bis dann, glauben die Labourminister, dürfte sich die Lage im Inland bedeutend gebessert haben und die Anleihekrise wird viel weniger ernst sein, als wenn sie schon während des Winters eingetreten wäre.

Auch die Erwartungen auf längere Sicht, die von den Labourministern zum Ausdruck gebracht werden, entbehren nicht des Interesses. Rußland wird die nächsten fünf Jahre durch den Wiederaufbau und möglicherweise durch politische Krisen interner Art voll in Anspruch genommen sein. Die Vereinigten Staaten gehen einer wirtschaftlichen Konjunktur und darauf einer Krise von solchem Umfange entgegen, daß sie, wenn die Krise eintritt, was inner-

halb der nächsten zwei bis drei Jahre der Fall sein dürfte, außenpolitisch gelähmt sein werden.

Anderseits wird die innenpolitische, gesetzgeberische Arbeit der britischen Labourregierung im selben Zeitraum ihre ersten Früchte tragen: Volksversicherung, nationaler Gesundheitsdienst, Exporte, Wohnbauten. Die Labourpartei wird dann auf der Höhe ihrer Macht sein. Dies dürfte nicht zuletzt in der Außenpolitik fühlbar werden; es wird sich dann zeigen, ob Großbritannien wirklich eine zweitrangige Macht geworden ist.

So stark ist dieser Glaube, daß einzelne Labourführer daran denken, schon in drei Jahren Wahlen abzuhalten, statt erst nach den gesetzlichen fünf Jahren das Mandat der Labourregierung bestätigen zu lassen. Sie sind überzeugt, so gut wie letztesmal gewählt zu werden.

Dies ist die Perspektive, wie sie von einigen der neuen Männer, die heute Großbritannien regieren, zum Ausdruck gebracht wird. Sie sind voller Vertrauen und, wenn nicht alles trügt, ist ihr Vertrauen gerechtfertigt.

Anmerkung der Redaktion

Der Aufsatz Jon Kimches enthält eine Reihe wertvoller Informationen. Wir legen indessen Wert darauf, ausdrücklich zu erklären, daß wir mit seinen Ausführungen im wesentlichen nicht einig gehen und uns insbesondere seiner prognostischen Beurteilung der Labourpolitik leider nicht anschließen können. Wir publizieren seinen Aufsatz vornehmlich deshalb, weil er zum Teil ein Interview mit einem (freilich nicht genannten) britischen Minister wiedergibt, und weil es für unsere Leser wertvoll sein mag zu wissen, daß maßgebende Mitarbeiter der gegenwärtigen englischen Regierung über wichtige Probleme der internationalen Politik offenbar sehr weltfremde Ansichten hegen.

Selbstverständlich hat Kimche recht, wenn er bürgerliche Spekulationen auf einen baldigen Sturz der Labourregierung und einen Sieg der Konservativen als unsinnig bezeichnet. Anderseits aber huldigt er doch einem etwas unvorsichtigen Optimismus, wenn er positive Ergebnisse des vom Labourkabinett verfolgten Kurses heute schon für sicher hält. Uns scheint eine gewisse skeptische Zurückhaltung hinsichtlich der künftigen Entwicklung der britischen Politik vorläufig noch eher am Platze zu sein. Allzu hoch gespannte sozialistische Hoffnungen müßten später vielleicht einer um so tieferen Enttäuschung weichen.

Die Annahme, daß die Russen die Labour Party «als ideologischen Neben-

buhler fürchten», scheint uns jeder faktischen Grundlage zu entbehren und keine plausible Erklärung der gegenwärtigen russischen Politik zu enthalten. Wir sind davon überzeugt, daß es ein gefährlicher Irrtum ist, die Schachzüge Moskaus auf ideologische, statt auf realpolitische Motive zurückzuführen. Noch hat die Labourregierung keine so umwälzenden Leistungen aufzuweisen, daß von ihrer Aktivität eine stark enthusiastisierende Wirkung auf andere Nationen, insbesondere auf Völker der russischen Einflußzone ausgestrahlt werden könnte. Für die These, daß Bevins Außenpolitik sich von derjenigen Edens heute schon prinzipiell unterscheide, vermag Jon Kimche nicht den geringsten konkreten Beweis beizubringen; er selbst gesteht, daß gewisse Reformen der britischen Außenpolitik «haben zurückgestellt werden müssen», und er vertröstet uns auf die Zukunft. Wenn gewisse «Volksbewegungen» in Griechenland, im Mittleren Osten, in Frankreich, in Zentraleuropa und in Asien «ausgesprochen antibritische Forderungen offen zu unterstützen» wagen, so geht diese Tatsache primär nicht auf russische «Ermutigung», sondern auf bedauerliche traditionelle Eigentümlichkeiten der britischen Politik zurück. Im russischen Fragenkomplex heute lediglich ein peripheres Problem zu erblicken, ist ohne Zweifel sehr kurzsichtig. Was die Dollar-Anleihe, über die im Mai entschieden werden soll, anbetrifft, so geht aus den Angaben Kimches schon deutlich hervor, daß die Labourregierung über diesen Punkt eine klare und eindeutige Konzeption erstaunlicherweise gar nicht besitzt. Der These, daß die mächtige amerikanische Wirtschaft sich durch Überfluß an unabsetzbaren Gütern schon bald in eine gewaltige Krise gedrängt sehen werde, wohnt eine an Gewißheit grenzende Wahrscheinlichkeit inne; doch ist es unzulässig, gleichzeitig zu supponieren, daß es England ohne weiteres gelingen werde, seinen Export auf die gewünschte Höhe zu bringen. Bemerkenswert ist, daß Kimche, wo er von den Beweggründen der russischen Politik spricht, weder die Atombombe noch das Erdöl erwähnt und auch für die schonende Behandlung Francos durch das britische Kabinett keine einleuchtende Erklärung zu geben weiß. Vollkommen unverständlich bleibt doch dabei, wie eine von den Konservativen gutgeheißene Tolerierung des faschistischen Franco-Regimes die britische Politik für «populäre Bewegungen» anderer Länder besonders «anziehend» machen und den russischen Einfluß zurückdrängen soll.

V. G.